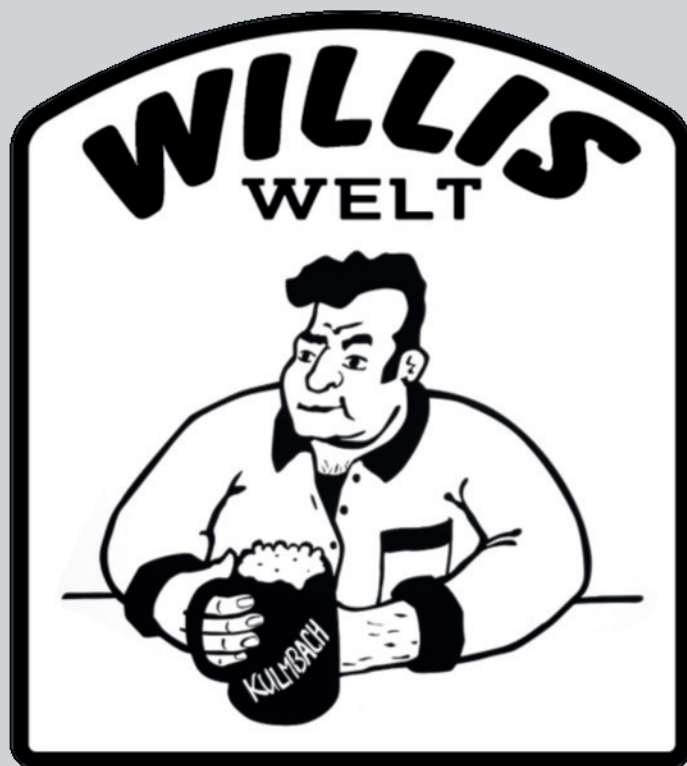


Servus allerseits, ich bin's wieder: der Willi. Auf dem Weg zum Dämmerchoppen, wenn ich durch die Langgass lauf, schau ich neuerdings immer ganz genau hin: Ob ich amoll einen Kiffer seh. Geht net, sagt der Gerch. Wieso? Weil bis abends um acht keiner in der Fußgängerzone dubeln darf.

Aber der Heiner, der immer alles ganz genau weiß, hat schon einen gesehen – in Barreid – und gibt recht an: Die Kiffer erkennt man daran, dass sie sich ständig umschauen, ob sie sich verlaufen haben und einer Schule, einem Kindergarten, Spiel- oder Sportplatz zu nahe kommen. Denn: Tüte oder Dübel, Joint oder Bubatz – dort ist alles verboten.

Der Heiner bestellt sich sein zweites Seidla und hat Lust, die Ampel a bissla abzuwatschen. Viel zu kompliziert, was die in



Kiffen in Kulmbach

Berlin fabriziert haben, meint er und findet das Kulmbacher Cannabis-Gesetz viel besser. In der Innenstadt soll überhaupt nicht gekifft werden, hat der OB Lehmann verkündet. Die Schwarzen im Stadtrat waren merkwürdig ruhig – ganz anders als ihr Chef in München,

der Cannabis fürchtet wie der Teufel das Weihwasser.

Ich sag, der Söder will es einfach nicht glauben, dass offiziell gekifft werden darf. Jetzt musste der Maggus in Bayern sogar 24 Haschbrüder aus dem Knast entlassen, weil man sie neuerdings nicht mehr ein-

sperren darf. Passt schon, dass sich das ändert.

Aber gleich den Konsum in der Öffentlichkeit erlauben? Stell dir vor, es stehen nicht nur Qualmer, sondern auch Kiffer vorm Wirtshaus. Die kannst du nur am Geruch unterscheiden. Dürfen die da kiffen? Machen die sich strafbar, wenn ein Kind vorbeiläuft? Die Polizei tut mir leid. Sechs Millionen will der Söder für zusätzliche Kontrolleure ausgeben. Nein, Maggus, komm mal wieder runter, das Geld brauchen wir woanders dringender. Zieh dir doch zu Hause einen durch. Dann erträgt sich das Cannabis-Gesetz leichter.

Aber wir, der Gerch, der Heiner und ich, fangen mit dem Kraut, das high macht, nimmer an. Wir bleiben beim Kulmbacher Bier. Gibt auch a Räuschla.

Habe die Ehre, Euer Willi

Kulmbacher Bürgerzeitung **SPD**

11. Jahrgang · Ausgabe 1
Mai 2024

Die Wahrheit über die Blaich

Beim Schwarzer-Peter-Spiel im Kulmbacher Stadtteil Blaich ist kein Ende in Sicht. Jetzt hat die Baugenossenschaft Kulmbach und Umgebung im Altlastenstreit öffentlich nachgelegt. Sie geht die Stadt Kulmbach frontal an, von der sie sich bei ihren Neubauplänen ausgebremst fühlt. Wir haben die Fakten zusammengetragen – die Wahrheit über die Blaich. Eine Chronologie der Ereignisse.

Was hat die Baugenossenschaft vor?

Die BG will die alten Gebäude auf ihren Grundstücken in der Michel-Weiß-Straße und in der Hermann-Limmer-Straße abreißen und durch Neubauten ersetzen. Angeblich hat man Pläne für 250 bis 300 barrierefreie Woh-

nungen mit günstigen Mieten in der Schublade.

Warum gibt es Probleme?

Beim Abbruch eines Wohnblocks in der Michel-Weiß-Straße/Ecke Ängerlein werden 2015 im Boden Müllablagerungen entdeckt. Nachforschungen ergeben, dass die Stadt bis 1950 im Bereich Michel-Weiß-Straße, Hugo-Hesse-Straße und Hermann-Limmer-Straße eine Mülldeponie betrieb.

Wer ist verantwortlich?

Landratsamt Kulmbach, Wasserwirtschaftsamt Hof und Stadt Kulmbach leiten Untersuchungen ein. Sie bestätigen Anfang 2018 den Altlastenverdacht und die Verantwortlichkeit der Stadt: Es handelt sich um Abfälle aus der Fleischverarbeitung, Bauschutt

UNSER STANDPUNKT



Heike Schweens, SPD-Ortsvereinsvorsitzende
Ingo Lehmann, Oberbürgermeister, SPD-Ortsvereinsvorsitzender

Liebe Kulmbacherinnen, liebe Kulmbacher,

in der heutigen Ausgabe unserer Bürgerzeitung lesen Sie die Fakten über den Altlastenstreit in der Blaich, nachdem die Baugenossenschaft immer wieder die Tatsachen verdreht. Wir haben Neuigkeiten, wie die gefährliche Kreuzung an der Weinbrücke sicherer werden soll, und am Stammtisch unseres „Willi“ wird über das neue Cannabis-Gesetz diskutiert. Haben Sie Anregungen? Dann melden Sie sich bei uns unter: info@spd-stadt-kulmbach.de

Herzliche Grüße
Heike Schweens
und **Ingo Lehmann**



Schon lange stehen die Wohnblocks der Baugenossenschaft in der Michel-Weiß-Straße leer. Ob und wann sie durch Neubauten ersetzt werden, ist nach wie vor ungewiss.
Foto: privat

Folgen Sie dem SPD-Ortsverein Kulmbach auf allen Kanälen



Unsere Internetseite:
www.spd-stadt-kulmbach.de
oder einfach QR-Code mit Smartphone scannen



Bei Facebook:
www.facebook.com/spd.stadt.kulmbach
oder einfach QR-Code mit Smartphone scannen



Bei Instagram:
www.instagram.com/spd_kulmbach/
oder einfach QR-Code mit Smartphone scannen

SPD-Stammtische

Bis zur Sommerpause finden die SPD-Stammtische im Mönchshof-Bräuhaus statt. Fraktionsmitglieder beantworten dienstags vor der Stadtratssitzung Fragen. **Termine: 14.05., 25.06. und 23.07. – Beginn 18 Uhr.**

IMPRESSUM

Kulmbacher Bürgerzeitung



Erscheinungsweise:
Mehrere Male pro Jahr aktuell
in unregelmäßigen Abständen

Herausgeber (V.i.S.d.P.):
SPD-Ortsverein Kulmbach
Ingo Lehmann
Sutte 6 · 95326 Kulmbach
Tel. 09221/879460
Fax 09221/879458
E-Mail: info@spd-stadt-kulmbach.de



Mit großflächigen Plakaten wollte die Baugenossenschaft vor vier Jahren Druck machen: Sie könnte sofort Wohnungen bauen, wenn die Stadt die Altlasten komplett entfernen würde. Foto: privat

und Hausmüll aus den 1940er Jahren. Darüber werden die betroffenen Grundstückseigentümer informiert. Die BG stellt ihre Baupläne zurück.

Was unternimmt die Stadt?

Der Stadtrat gibt im Februar 2018 ein 116.000 Euro teures Bodengutachten in Auftrag. Ferner wird bei der Gesellschaft für Altlastensanierung in Bayern (GAB) ein Zuwendungsantrag gestellt. Die Stadt bekommt die Zusage, dass alle Kosten über 200.000 Euro übernommen werden.

Wie reagiert die Baugenossenschaft?

Im weiteren Fortgang stellt sich heraus, dass nicht nur der Boden in der Blaich belastet ist, sondern auch das Verhältnis von Stadt und Baugenossenschaft. Geschäftsführer Udo Petzoldt giftet, dass

die BG wegen der Stadt seit Jahren nicht bauen könne. Der damalige OB Henry Schramm (CSU) ist empört und stellt klar: Es gehe um eine ordnungsgemäße Abwicklung nach den gesetzlichen Vorgaben und um die Beachtung der Förderrichtlinien. All diese nehme Zeit in Anspruch, „das ist unvermeidlich“.

Was kommt bei Untersuchung raus?

Die Detailuntersuchungen des beauftragten Ingenieurbüros aus Neustadt am Kulm ziehen sich hin. Untersucht werden 60 Grundstücke mit einer Gesamtfläche von 40.000 Quadratmetern. Anfang 2021 liegen die Ergebnisse vor. Das Gutachten besagt: Von dem ehemals in der Blaich abgelagerten Hausmüll geht grundsätzlich keine Gefahr für die Bürger aus, so dass er im Boden

verbleiben kann. Daraus folgt: Lediglich teilweise belasteter Oberboden von 30 bis 35 Zentimetern muss ausgetauscht oder mit unbelastetem Material bedeckt werden.

Was sollten die Plakate?

Mit den Konsequenzen des Gutachtens will sich die Baugenossenschaft nicht abfinden. Sie macht ihrem Ärger mit Großplakaten an ihren Häusern Luft. „Warten auf GRÜN“, steht auf den Bannern. Will heißen: Wir könnten sofort loslegen, wenn die Stadt die Müllablagerungen komplett entfernen würde. „Der Schaden geht in die Millionen“, wettet Geschäftsführer Petzoldt und verweist auf die entgangenen Mieteinnahmen. Dadurch wird das Verhältnis zum Rathaus nicht besser.

Dürfte die BG bauen?

Ja, natürlich hätte die BG schon die ganze Zeit bauen dürfen, stellt OB Ingo Lehmann (SPD) fest: entweder ohne Keller oder mit Bodenaustausch auf eigene Rechnung. „Allerdings wollte sie – was aus wirtschaftlicher Sicht verständlich ist – abwarten, ob die Kosten für eine mögliche Entsorgung eventuell die Stadt zahlen muss. Dies ist nun nicht der Fall. Die Baugenossenschaft hat nun Klarheit.“

Warum diese Schärfe?

Mit deutlichen Worten reagiert die SPD-Stadtratsfraktion auf die

von Petzoldt in die Diskussion gebrachte Schärfe. Es sei befremdlich, dass die BG einen öffentlichen Streit vom Zaun bricht, erklärt Fraktionssprecher Matthias Meußgeyer. Sie sei schon selbst für ihre Leerstände verantwortlich. Denn dass man im Altlastengebiet sehr wohl bauen kann, zeige das Studentenwerk Oberfranken, das heuer einen Neubau mit 75 Apartments in der Hugo-Hesse-Straße errichten will.

Wieso wird nicht gebaut?

Jetzt der vorerst letzte Akt im verbalen Schlagabtausch: Die BG möchte, dass ihre Grundstücke aus dem Altlastenkataster rausgenommen werden. Andernfalls gebe es keine Bank, die das Großprojekt finanziert. Man werde von der Stadt ausgebremst. Ein Vorwurf, den OB Lehmann zurückweist. Für eine Entlassung aus dem Altlastenkataster seien das Landratsamt und das Wasserwirtschaftsamt zuständig und nicht die Stadt. Dies komme ohnehin nur bei einer vollständigen Sanierung – in der Regel durch Aushub und Entsorgung der Abfälle – in Frage. Lehmann: „Und hier sind wir wieder beim wirtschaftlichen Einsatz von Steuermitteln. Wo kein vollständiger Aushub notwendig ist, was nirgendwo in der Blaich der Fall ist, werden wir auch keine Kosten für einen Totalaushub übernehmen.“

Was passiert aktuell im Altlastengebiet?

Im März legte das Ingenieurbüro Pedall aus dem Landkreis Bayreuth den Sanierungsplan vor. Er wird derzeit mit den Fachbehörden und der Gesellschaft für Altlastensanierung abgestimmt.

Gefahrenstelle: Es tut sich was an der Weinbrücke



Mit solchen Absperrpfosten wie bei der Abfahrt Mittellau soll künftig auch die Sperrfläche bei der Weinbrücke gesichert werden, um riskante Überholmanöver zu verhindern. Foto: privat

Der Einsatz von Oberbürgermeister Ingo Lehmann und SPD-Fraktion hat sich gelohnt: Das Staatliche Bauamt Bayreuth hat erkannt, wie gefährlich die Kreuzung an der Weinbrücke (Burghaig) ist, und wird handeln.

Zu hohe Geschwindigkeiten und unerlaubtes Überholen führten in der Vergangenheit zu schweren Unfällen und lebensgefährlichen Situationen vor allem für Fußgänger und Radfahrer. Im vergangenen August ist eine Frau angefahren worden und gestorben, die ihr Rad über die Straße schieben wollte. Jetzt soll zunächst das Tempo der von Kulmbach kommenden Fahrzeuge reduziert werden. „Ich erlebe es immer wieder, dass es zu gefährlichen Situationen kommt, wenn ein Raser kurz vor der Weinbrücke noch überholt und über die Sperrfläche fährt, um bei der Fahrbahnverengung einzufädeln“, sagt der Burghaiger Stadtrat Matthias Meußgeyer (SPD).

So etwas soll es künftig nicht mehr geben. Denn Tempo 70 wird ausgeweitet und die Sperrfläche – wie bei der Abfahrt Mittellau – mit Absperrpfosten markiert, so dass man nicht mehr einfach drüberfahren kann. Ein neuer Geh- und Radweg soll die Situation entschärfen. Es wird eine 500 Meter lange Verbindung auf der Burghaiger Seite bis zur Ampel-Kreuzung Seidenhof gebaut, wo man die Straße gefahrlos überqueren kann.

Den SPD-Fraktionsvorsitzenden freut's. Meußgeyer: „Unsere Anregung wird damit zeitnah umgesetzt. Die Absperrpfosten und der Radweg bringen mehr Sicherheit.“ Ein Problem wird nach seinen Worten aber nicht gelöst: „Als Autofahrer brauchst du nach wie vor gute Nerven, wenn du links abbiegen und nach Kulmbach fahren willst. Hier würden nur ein Kreisell oder eine Ampel Abhilfe schaffen. Beides wird in absehbarer Zeit aber leider nicht kommen.“



Am Sonntag, 9. Juni 2024 ist Europawahl!

Für Oberfranken im Rennen: SPD-Europakandidat **Martin Lücke**. Dem Coburger Arzt und Stadtrat ist es wichtig, trotz der großen Bedrohung für unsere Demokratie Zuversicht zu verbreiten. „Nur ein gemeinsames, beherztes Gestalten verschafft uns eine gute Zukunft. Und es ist jetzt besonders wichtig, dass sich die Demokratie wehrhaft gegen ihre Feinde zeigt – sowohl gegen die im Inneren wie auch gegen die von außen.“